

# Der Wert-Arbeiter

**Vereinzelt seid Ihr Nichts-  
Vereinigt Alles!**

## Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Erscheint jeden Freitag. — Bezugspreis das Vierteljahr 4,50 Mk., wozu noch das Postgeld oder bei Bezug durch die Post das Bestellgeld hinzukommt.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:  
Berlin O. 27, Andreas-Strasse 61 III  
Fernsprecher: Amt Adligstr., Nr. 107A.

Anzeigen die dreispaltige Kleinzeile 2 Mk., Arbeitsmarkt 50 Pf. Anzeigen-, Bezugs- und Verbandsgelder sind an Otto Sehm, Berlin O. 27, Andreasstr. 61 U, zu richten. Postkontonto Berlin 5386.

**Inhalt:** Ist die Sozialisierung das Grab der Industrie? — Die Aufgaben der Frauen in der Gemeindeverwaltung (II) — Metrische Garnnumerierung und metrisch-dezimale Gewichtsbezeichnung. — Die internationale Gewerkschaftskonferenz. — Aus den Gewerkschaften. — Aus der Textilindustrie. — Soziale Rundschau. — Gesundheitspflege. — Gerichtlich. — Berichte aus Fachkreisen. — Briefkasten. — Literatur. — Musik. — Bekanntmachungen. — Privatanzeigen. — Unterhaltungsstück: Vom Wert des Geldes.

### Ist die Sozialisierung das Grab der Industrie?

Wenn man die gegenwärtigen Auslassungen gegen die Sozialisierung verfolgt, wird man unwillkürlich an den Eugen Richter'schen Zukunftsstaat erinnert. Nach Richter hätte in ihm alles schief gehen müssen, und nach denen, die heute vor Sozialisierung in einem fort warnen, könnte es auch nur schief gehen. Danach hätten die Sozialisten ein halbes Jahrhundert lang einem Irrlicht nachgejagt und sie müßten mit der Sozialisierung ein völliges Fiasko erleben. Wäre dem so, so müßte es bei der Demokratisierung sein. Wenden haben und die Früchte der Revolution könnten für das arbeitende Volk Deutschlands nur politische, keine wirtschaftlichen sein. Die Volkswirtschaft müßte weiter eine kapitalistische sein und könnte mit Nutzen für die Allgemeinheit niemals eine sozialistische werden. Die kapitalistische Wirtschaftsweise wäre sonach der Gipfel aller volkswirtschaftlichen Weisheit, der von keiner anderen übertroufen werden könnte. So klingt es uns nach der Revolution von vielen Seiten her in die Ohren. Vor der Revolution klang es vielfach anders. Als da erörtert wurde, wie Deutschland seine großen finanziellen Verpflichtungen nach Friedensschluß erfüllen sollte, war man auch in nichtsozialistischen Kreisen der Meinung, ohne Sozialisierung werde das unmöglich sein. Die solcher Meinung waren, lassen sich jetzt kaum noch vernehmen. Um so lauter erheben die ihre Stimmen gegen die Sozialisierung, die stets ihre Gegner waren.

Schuld an dem Schweigen der einen und an dem Angstgeschrei der anderen sind offenbar die Willkürakte, die hier und da an Industrieunternehmen ausgeübt wurden, indem man sie einfach zu Eigentum der Arbeiter erklärte. Dabei wird von allen, die die Sozialisierung fürchten, übersehen, daß doch in jedem einzelnen Fall, wo sozialisiert werden soll, vorher festgestellt wird, ob das für die Allgemeinheit von Nutzen sein kann, und die Bedingungen, unter welchen es geschehen soll. Diese Bedingungen werden selbstverständlich auch die Ablösung einbegreifen, gegen die ein Betrieb durch die Gesellschaft übernommen werden soll. Hat schon einmal ein Grundbesitzer davor Angst gehabt, daß sein Grundstück vielleicht von der Gemeinde, in deren Bereich es liegt, verlangt werden könnte? Wir haben überall gesehen, daß Spekulanten solche Grundstücke, von denen anzunehmen war, daß sie von der Gemeinde verlangt werden könnten, mit Vorliebe ankauften, um sie später dann mit Nutzen der Gemeinde zu verkaufen. Niemand hat eine solche Enteignung gefürchtet, alle Besitzer haben sie vielmehr herbeigewünscht in Aussicht auf den lockenden Verkaufsgewinn.

Auf solche Weise werden sich voraussichtlich auch die Enteignungen für die Sozialisierung vollziehen. Es braucht also niemand zu befürchten, er mache seinen Betrieb durch eigene Kosten und eigene persönliche Anstrengung rentabel und die Gesellschaft kommt dann und nimmt ihn ihm weg, wie es die Spartakisten in einzelnen Fällen gemacht haben. Die rentablen Betriebe und Betriebszweige werden zwar wohl sozialisiert werden, sie werden aber auch am besten bezahlt werden. So betrachtet, wird das Sozialisierungsproblem nicht, wie vielfach angeblich befürchtet wird, ein schwerer Wemmschub für die Entwicklung der deutschen Industrie, sondern kann ein mächtiger Antrieb für sie werden, wenn das Unternehmertum seine ganz unbegründete Furcht vor der Sozialisierung endlich aufgibt. Denn es muß anerkannt werden: Die Ertragsfähigkeit jedes Handels- und Industrieunternehmens liegt nicht allein in der Hand der Arbeiter und Angestellten, sondern hängt in erster Linie ab von der geistigen Führung. Diese ruht auf den Schultern der kaufmännischen und technischen Leiter. Sie steigt und sinkt mit deren kaufmännischem Genie, deren technischer Sachlichkeit, schaffensfreudiger Betriebsamkeit und nicht zuletzt mit ihrem Unternehmungsgeist und gesundem Wagemut. Wie die Triebfeder ein Uhrwerk treibt, so treibt die geistige Befähigung der Leitung ein großes Unternehmen. Es liegt auf der Hand, daß diese Befähigung und Betriebsamkeit durch die Aussicht auf persönlichen Gewinn Ansporn und Spannkraft empfängt, sei es für den Besitzer in seinem Reingewinn, sei es für den Direktor in Gestalt seines vereinbarten Anteils. Hohe Reingewinne des Besitzers oder hohe Lantime des Direktors und Blüte des Unternehmens sind von einander abhängende Begriffe. Und da die sozialistische Gesellschaft ein Interesse daran hat, möglichst hochentwickelte Betriebe zu übernehmen, so wird sie auch bei der Ablösung dem Aufwand an Kraft

und Umsicht Rechnung tragen müssen, der zur Entwicklung des Betriebes beigetragen hat. Das wird geschehen müssen, weil die Sozialisierung nicht auf einmal durchgeführt werden kann und weil, wenn eine Industrie vergesellschaftet sein wird darauf hingewirkt werden muß, daß später erst zu sozialisierende Industrien sich bis dahin noch möglichst entwickeln. Freilich ist ein solches Verfahren nur vom praktischen Standpunkte aus gesehen notwendig, nicht auch vom Standpunkte der Gerechtigkeit; dieser würde es besser entsprechen, wenn die Enteignung ohne Ablösung erfolgte, denn jeder Betrieb ist doch nur das Werk der praktischen Arbeit in letzter Linie, und ist die Arbeit einmal zur Herrschaft gekommen, so hat sie auch ein Anrecht auf ihre Werke. Sie wäre berechtigt, alle diese Werke ohne Ablösung von ihren jetzigen Besitzern in Besitz zu nehmen. Dazu gehörte aber, daß die Umwandlung mit einem Schläge erfolgte, aber auch, daß den bisherigen Besitzern der Lebensunterhalt — gegen Arbeit natürlich — garantiert würde. Solcher vollendete Kommunismus mit Arbeitspflicht und Lebensrecht kann sich aber nur allmählich entwickeln; er kann nicht errichtet werden, und deshalb läßt sich der Anfang der Sozialisierung ohne Ablösung nicht denken.

Die Unternehmer brauchen also vor der Sozialisierung keine Angst zu haben; sie wird sicher ganz anders begonnen werden, als sie fürchten. Was sie fürchten, könnte vielleicht am Ende der Sozialisierung eintreten, wenn schon Arbeitspflicht und Lebensrecht allgemein anerkannt und durchgeführte Grundzüge sein werden. Doch dann werden die heutigen Unternehmer wohl nicht mehr als zu Enteignende in Frage kommen. Und denen, die dann in Frage kommen werden, wird der Unternehmergewinn dann in einem Maße beschnitten worden sein, daß sie ihren Betrieb gern — auch ohne Ablösung — abgeben werden, denn der Kulturstand wird dann allgemein eine solche Höhe erreicht haben, daß jeder bei mächtiger Arbeit ein Wohlleben in gewissem Grade führen kann und nicht mehr auf Erhaltung gesellschaftlicher Ausnahmen für sich und seinesgleichen bedacht zu sein braucht, sich dann wohl gern mit dem begnügt, was für die Allgemeinheit als unerlässlich erachtet wird.

### Die Aufgaben der Frauen in der Gemeindeverwaltung.

II.

Als Verbraucherin muß die Frau an der von der Gemeinde betriebenen Lebensmittelpolitik das allerstärkste Interesse zeigen. Von ihr, der Hausfrau, wird ja verlangt, daß sie durch richtige Verwertung und Zusammensetzung der vorhandenen Lebensmittel die Lebenshaltung der Familie nach den dafür aufzubewendenden Mitteln so gestalte, daß die Familienmitglieder dabei gedeihen und sich ihre Arbeitskraft erhalten können. Um das zu erreichen, müssen alle Frauen wissen, daß die Sozialdemokraten schon seit langen Jahren forderten, daß Staat und Gemeinden die Bevölkerung mit Lebensmitteln versorgen sollen, bei deren Einkauf und Verteilung der Zwischenhandel ausgeschaltet sein soll, und dadurch eine Verbilligung des Bezuges herbeigeführt werde. Die soziale Erkenntnis der Arbeiterklasse hat sich schon zum Teil durch Gründung von Konsumgenossenschaften selbst diese Möglichkeit geschaffen. Das genügt aber noch nicht, denn trotz der gewaltigen Ausdehnung der Konsumvereine ist ihre Mitgliederzahl immer noch klein und umfaßt noch nicht einmal alle arbeitenden Familien.

Der Krieg mit seiner knappen Lebensmittelfuhr und -erzeugung hat auch die Gemeinden zum Ankauf und zur Verteilung der Lebensmittel gedrängt. Auf diesem Gebiete ist die Mitarbeit der Frauen im Haushalt der Gemeinden unerlässlich notwendig. Sie haben dafür zu sorgen, daß die Gemeinden durch Großeinkauf der Waren diese der Bevölkerung zu billigeren Preisen zuführen und dadurch die Preisbildung des Handels für den Verbraucher günstig beeinflussen. Sie haben darauf hinzuwirken, daß die Gemeinden eintandfreie Milch für Kinder, Wöchnerinnen und Kranke einführen, daß sie durch Abkommen mit ländlichen Produzenten oder durch Eigentwirtschaft für genügende Zufuhr von Kartoffeln, Obst und Gemüse sorgen, durch Fleischbeschaffung, Verarbeitung von Fleisch zu Wurst die Bevölkerung auch mit Fleisch und Fleischprodukten von guter Beschaffenheit zu billigen Preisen versorgt wird. Pflicht und Aufgabe der Frauen wäre es auch, nicht nur in Zeiten der Lebensmittelknappheit und -teuerung, sondern zu allen Zeiten den Markt und die Geschäfte unter Kontrolle zu nehmen, um sich von der Güte der vorhandenen Waren zu überzeugen, minderwertiges auszuschalten und wucherischer Preisbildung entgegenzuwirken. Die Mitarbeit der Frauen auf diesem Gebiete ist dringend erforderlich zur Wahrung der Verbraucherinteressen der Gemeindeglieder.

In Verbindung damit gehört auch zu ihren Obliegenheiten, der Frage der Haushaltungsschulen für die heranwachsende weibliche Jugend erhöhte Aufmerksamkeit zu widmen, weil

auch das „Haushalten“ erlernt sein will, und es von großer Bedeutung ist, bei mäßigen Mitteln durch Kenntnis der Nährwerte der Lebensmittel den Familientisch zweckmäßig und abwechslungsreich zu gestalten. Die Haushaltungsschule, deren Lehrplan außer dem Kochunterricht auch alle anderen hauswirtschaftlichen Gebiete zu umfassen hätte, müßte dem beendeten Lehrgang der Schule unmittelbar angeschlossen werden.

Die Regelung der Schulfrage durch die Gemeinde muß selbstverständlich alle Frauen auf das lebhafteste interessieren. Müßen doch die im Daseinskampf stehenden Mütter der Erziehung der Kinder anvertrauen. Die Schulreform, die die Sozialdemokratie fordert und die die Gemeinden ausführen müssen, baut sich auf dem System der Einheitschule auf, die, unter Aushebung der Vorklassen für die höheren Schulen, für die ersten 4 Schuljahre den gemeinsamen Unterricht der Kinder aller Volksklassen vorsieht, und unter Beibehaltung aller bisherigen Schulformen nach Ablauf dieser vier Jahre durch Lehrer und Schularzt die Auslese treffen läßt, nach welcher die Kinder beiderlei Geschlechts auf Grund ihrer Begabung den höheren Schulen zugeführt werden. Also nicht mehr der Geldbeutel des Vaters ist maßgebend dafür, welche Schule das Kind besuchen soll, sondern lediglich die Begabung des Kindes. Damit wird verhindert, daß die Kinder bemittelter Eltern auch ohne Begabung weiter die Schulbänke drücken, durch die Schule gehen, zu hohen Aemtern gelangen können. Damit wird aber auch erreicht, daß die Kinder armer Eltern, sofern sie die Begabung haben, alle Schulen durchlaufen können und nach beendetem Studium die Möglichkeit haben, zu den höchsten Stellen im Staatswesen aufzurücken zu können. Nicht nur der Schulunterricht muß unentgeltlich sein, sondern auch alle Lehr- und Lernmittel. Die Eltern dürfen nicht mit der Beschaffung der Lehrmittel belastet werden.

Die Einführung von Schulpeisungen ist außerordentlich wichtig, denn nur körperlich gut genährte Kinder sind auch imstande zu lernen.

Der Schularzt hat die Schüler gesundheitlich während der Schulzeit zu kontrollieren, nach Abschluß derselben auch bei der Berufsberatung mitzuwirken, damit nicht Kinder in Berufe kommen, denen sie körperlich nicht gewachsen sind.

Für die Durchschnittsschüler beiderlei Geschlechts ist der obligatorische Fortbildungsschulunterricht bis zum 18. Jahre einzuführen. Die Schulbauten müssen so gefördert werden, daß es keine überfüllten Klassen zu geben braucht; die Zahl der Lehrer ist so zu vermehren, daß dem einzelnen nicht so große Massen von Kindern wie bisher zum Unterricht überwiesen werden.

Nach diesen Grundzügen geführte Schulen werden Menschen hervorbringen, wie sie ein demokratisches Staatswesen in seinem Verwaltungskörper braucht.

Bisher war der Mangel höherer Schulbildung der Hinderungsgrund, auch für die begabtesten Angehörigen der unteren Volksklassen, in die Verwaltungskörperschaften hineinzukommen.

Aus dem Gesagten ist ersichtlich, daß die Frauen in den Gemeindeparlamenten und für dieselben ein weites Gebiet der Betätigung finden. Mögen alle Frauen erkennen, daß die Gemeindepolitik ein Gebiet ist, auf welchem die Frau entsprechend ihrer Wesensart sich auswirken kann. Mögen alle Frauen sich bemüht sein, daß die den Gemeindevertretungen erwachsenden Zukunftsaufgaben nur dann in befriedigender Weise zum Wohle des Volkes gelöst werden, wenn Männer und Frauen durch ihre verschiedenen Anlagen sich in der gemeinamen Arbeit ergänzen. Mitarbeit, praktische Mitarbeit der Frauen auf allen Gebieten gemeindlicher Tätigkeit ist dringend erforderlich. Martha G o p p e.

### Metrische Garnnumerierung und metrisch-dezimale Gewichtsbezeichnung.

Diese zwei Forderungen stellte unser Verband gemeinsam mit dem Gewerbeverein deutscher Textilarbeiter (S.-V.) in einer Eingabe an den Reichstag vom 5. August 1916. Die Eingabe ist von dem nun wohl für immer aufgelösten Reichstage unerledigt geblieben. Die Textilarbeiter wollen aber auf ihre Forderungen nicht verzichten, deren Erfüllung für sie in vielfacher Hinsicht von großer Wichtigkeit wäre. Die Nationalversammlung wird sich mit solchen wirtschaftstechnischen Angelegenheiten nicht befassen können und wollen, da sie dringendere Aufgaben zu erfüllen hat. Sie ist ja auch nur ein gesetzgeberisches Provisorium, das nach Erfüllung seiner Aufgaben einer ständigen gesetzgebenden Körperschaft Platz machen wird. Wann eine solche zustande kommen wird, ist aber noch nicht abzusehen. Und selbst wenn es bald geschehe und wir ihre unsere Eingabe einreichen würden, könnten wieder noch Jahre verstreichen, bis sie sich damit befassen könnte. Unsere Forderungen sind aber, zum Teil wenigstens, schon Jahrzehnte alt, und wenn sie immer wieder jahrelang

auf ihre Erfüllung warten mußten, wäre es für die Textil-  
arbeiter unerträglich. Deshalb schlagen wir vor, die Reichs-  
regierung möge durch Erlass bestimmen:

- 1. daß die metrische Garnnumerierung in der gesamten  
Textilindustrie Deutschlands eingeführt werde;
- 2. daß entsprechend der metrischen Garnnumerierung  
metrische dezimale Maß- und Gewichtsbezeichnungen, auch im  
Garnhandel eingeführt werden;
- 3. bei Berechnung des Arbeitslohnes die Anwendung  
aller veralteten Maße und Gewichte verboten und, soweit der  
Lohn mittels Messen und Wiegen festgestellt wird die der  
metrischen Garnnumerierung und den für den Garnhandel  
verlangten metrisch-dezimalen Bezeichnungen entsprechenden  
Maße und Gewichte vorgeschrieben werden.

Vielleicht veranlaßt die Regierung ihr Reichsamt des  
Innern, sich baldigst mit der Angelegenheit zu befassen.  
Dieses könnte die Reichsstelle für Textilindustrie mit den  
nötigen Vorarbeiten für die Erledigung der Angelegenheit  
betrauen.

Wie wichtig diese für die Textilindustrie und für die Tex-  
tilarbeiter ist, möge das Nachfolgende zeigen:

Jetzt werden zwecks Bestimmung der Garnnummer ver-  
schiedene Methoden angewandt, auch längst veraltete Maße  
und Gewichte, auch ist die Längeneinheit, welche der Nummer-  
bestimmung zugrunde gelegt wird, nicht gleich. Bei der me-  
trischen Numerierung würde der Faden einfach die  
Nummer bekommen, welche der Zahl entspricht, die sich aus  
der Anzahl Strähnen a 1000 Meter Länge ergibt, welche auf  
ein Kilogramm oder aus der Anzahl Fäden a 1 Meter Länge,  
die auf ein Gramm gehen. Uebervorteilungen der Arbeiter  
bei Berechnung ihres Lohnes nach so vielerlei Methoden, in  
die er nicht immer eindringen kann, wären dann ausge-  
schlossen, um so mehr, wenn auch — durch Verbot der An-  
wendung veralteter Maße und Gewichte — Maß und Gewicht  
völlig einheitlich würde.

Unser Verbandsvorstand wird sich wohl entschließen, die  
ausführlich begründete Eingabe an den Reichstag vom Jahre  
1916 nun an die Reichsregierung zu richten, die sich unseren  
Forderungen gewiß nicht verschließen wird.

### Die internationale Gewerkschafts- konferenz in Bern.

Auf Veranlassung der französischen Gewerkschaftszent-  
rale fand im Anschluß an die internationale sozialistische  
Konferenz in Bern eine internationale Gewerkschaftskon-  
ferenz in der Zeit vom 5. bis 9. Februar statt. Gewerk-  
schaftsvertreter aus Frankreich, Schweiz, Deutschland,  
Österreich, Ungarn, Böhmen, Schweden, Norwegen,  
Dänemark, Griechenland, Kanada, Großbritannien, Holland  
und der von der italienischen Landesorganisation im Laufe  
des Krieges abgesplitterten Unione di Lavoro nahmen daran  
teil.

Die Konferenz war keine ordnungsgemäße Tagung des  
internationalen Gewerkschaftsbundes. Die an ihr teilneh-  
menden Vertreter waren mit Ausnahme der Schweizer,  
Franzosen und Italiener auf der Internationalen Sozial-  
istenkonferenz anwesend und waren beauftragt, an der inter-  
nationalen Gewerkschaftskonferenz sich zu beteiligen, soweit  
diese nicht Organisationsfragen des internationalen Gewerk-  
schaftsbundes zum Gegenstand ihrer Beratungen machte. In  
den Vorbesprechungen, die an den Tagen vor der Gewerk-  
schaftskonferenz zwischen den Gewerkschaftsvertretern auf der  
Sozialistenkonferenz und den Vertretern des schweizerischen  
Gewerkschaftsbundes stattgefunden hatten, wurde allseitig  
zum Ausdruck gebracht, daß die Angelegenheiten des inter-  
nationalen Gewerkschaftsbundes nur von diesem allein be-  
raten und entschieden werden können. Dementsprechend  
wurde auch in der ersten Sitzung der Gewerkschaftskonferenz  
der Vorschlag der Franzosen, die Frage der Sitzverlegung  
des Gewerkschaftsbundes zu beraten, abgelehnt. Die Kon-  
ferenz setzte aber eine Kommission ein, die über die schlei-  
nige Herbeiführung einer neuen inter-  
nationalen Gewerkschaftskonferenz, in der  
über die Wiedererrichtung einer aktionsfähigen Internatio-  
nale beraten werden kann, eine Einigung mit den französi-

schen Delegierten suchen sollte. Das Ergebnis der Kom-  
missionsberatungen wurde in einer von Grünwald-  
Wien im Auftrage der Kommission vertretene Resolution  
niedergelegt. Diese Resolution erklärt, daß der Bestand einer  
starken internationalen Gewerkschaftsbewegung eine der  
wichtigsten Voraussetzungen für den sozialen Aufstieg der  
Arbeiterklasse aller Länder sei, und daß daher für die  
rascheste endgültige Wiederherstellung der gewerkschaftlichen  
Internationale eingetreten werden müsse. Die Konferenz  
forderte die in Amsterdam befindliche Zweigstelle des inter-  
nationalen Gewerkschaftsbundes auf, im Einvernehmen mit  
den dem Bunde angehörenden Landeszentralen und der  
Korrespondenzstelle der Gewerkschaften aus den Weststaaten  
in Paris auf, schleunigst, spätestens aber bis zum Mai dieses  
Jahres, eine weitere internationale Gewerkschaftskonferenz  
einzuuberufen mit der Aufgabe, die Geschlossenheit der Ge-  
werkschaftsinternationale wiederherzustellen. Die Resolution  
fand die einstimmige Annahme der Konferenz. Wie Duden-  
geest am Schluß der Konferenz mitteilen konnte, hatten die  
inzwischen von ihm mit dem Führer der französischen Lan-  
desorganisation, Jouhaux, geführten Besprechungen ein Ein-  
vernehmen dahin erzielt, daß die Konferenz des Gewerk-  
schaftsbundes zum Anfang Mai einberufen werden solle.

Die wichtigere Arbeit der Konferenz betraf die Frage  
eines internationalen Arbeiterschutzpro-  
gramms. Bisher lagen zwei solche vor: Das eine war von  
den Gewerkschaften Englands, Frankreichs und Belgiens in  
einer Konferenz in Leeds 1916 beschloffen, das zweite ist das  
vom internationalen Gewerkschaftsbund im September 1917  
in Bern angenommene Arbeiterschutzprogramm. Die Un-  
terschiede zwischen den beiden Programmen sind nicht erheb-  
lich, und die Gewerkschaftskonferenz machte es zu ihrer Auf-  
gabe, die Differenzen auszugleichen, um zu einem einheit-  
lichen Programm der internationalen Gewerkschaftsbewegung  
zu kommen. Die wesentlichste Differenz bestand in der Frage  
der Freizügigkeit. In Leeds hatte man das „Recht auf Ar-  
beit“ überall, wo ein Arbeiter Beschäftigung finden konnte,  
proklamiert und die öffentliche Organisation der Kontrakt-  
arbeit als Aufgabe festgelegt. Der Internationale Gewerk-  
schaftsbund dagegen beschränkte sich auf die Proklamati-  
on der Freizügigkeit und lehnte im Anschluß an  
frühere Beschlüsse der internationalen Arbeiterkongresse und  
Gewerkschaftstagungen die Kontraktarbeit ab. Nachdem  
Jouhaux (Frankreich) erklärt hatte, daß die Franzosen mit  
ihrer Forderung des Rechts auf Arbeit auch nichts anderes  
wollten, als was die Deutschen unter dem Begriff der Frei-  
zügigkeit verstehen, war der Ausgleich auf der jetzigen Kon-  
ferenz in Bern schnell herbeigeführt. Die Konferenz über-  
nahm aus dem Programm des Gewerkschaftsbundes den Ab-  
schnitt über die Freizügigkeit, ebenso den über das Koalitions-  
recht und die Gleichstellung der ausländischen Arbeiter mit  
den einheimischen in allen Fragen des Arbeiterrechts. Ebenso  
wurde das Verbot der Erwerbsarbeit von Kindern unter  
15 Jahren dem Berner Programm entnommen; aber zu-  
gleich wurde die Forderung dahin ergänzt, daß die allge-  
meine Schulpflicht in allen Ländern durchzuführen sei mit  
dem Ziel, die allgemeine berufliche Bildung vorzubereiten;  
die höhere wissenschaftliche Bildung müsse allen zugänglich  
sein. Die Fähigkeiten und Neigungen der jungen Leute  
dürfen durch ihre materiellen Existenzbedingungen nicht be-  
hindert werden.

Der Schutz der Jugendlichen im Alter von 15 bis 18  
Jahren wurde im wesentlichen dem Programm des Gewerk-  
schaftsbundes gemäß gefordert. Die Delegation des eng-  
lischen Gewerkschaftskongresses, die an der Konferenz teil-  
nahm, ließ zu Protokoll erklären, daß sie jedoch nicht das  
Verbot der Beschäftigung von Jugendlichen in Bergwerken  
bei Arbeiten unter Tage gutheißen könne, weil die englischen  
Bergarbeiter für die Kohlenhauer die rechtzeitige handwerks-  
mäßige Erlernung dieses Berufes durchgeführt haben. Im  
übrigen stimmten auch die Engländer für den geforderten  
Schutz der Jugendlichen. Ebenfalls wurden die Forderun-  
gen über den Arbeiterschutz in Übereinstimmung mit  
den Beschlüssen des Gewerkschaftsbundes akzeptiert. Eine  
von feministischem Geiste diktierte Deklaration der sozialisti-  
schen Frauen Schwedens gegen ein Verbot der Nachtarbeit  
der Frauen in Betrieben, wo Männer des Nachts arbeiten

dürfen, wurde zur Kenntnis genommen, aber ohne weitere  
Beachtung gelassen.

Hinsichtlich der Forderung eines Maximalarbeitsstages  
ging die Konferenz über die früheren Programme von Leeds  
und Bern hinaus, indem sie den sofortigen Uebergang zum  
Achtstundentag oder zur 48stündigen Arbeitswoche forderte.  
Dieser Beschluß wurde damit motiviert, daß heute, nachdem  
der Achtstundentag durch die Revolution in einer Reihe von  
Ländern zur gesetzlichen Tatsache geworden ist, und nachdem  
er in England auf gewerkschaftlichem Wege ebenfalls im we-  
sentlichen durchgeführt wurde, könne von einem längeren  
Uebergangsstadium nicht mehr geredet werden; darüber be-  
stand vollständige Einmütigkeit auf der Konferenz; ebenso  
in der Forderung des Verbots der Nachtarbeit zwischen 8 Uhr  
abends und 6 Uhr morgens für alle Betriebe, die nicht ihrer  
Art nach oder aus technischen Gründen auf Nachtarbeit an-  
gewiesen sind. Ein englischer Antrag, dem Programm ein-  
zufügen, daß der freie Samstagnachmittag in allen Ländern  
anzustreben ist, fand einstimmige Annahme.

Die Forderungen des Gewerkschaftsbundes bezüglich  
einer zusammenhängenden Ruhepause von 36 Stunden  
wöchentlich wurden übernommen. Die Forderungen betreffend  
Hygiene und Unfallverhütung, Heimindustrie, Sozialversiche-  
rung, Seeleute, Gewerbeaufsicht usw. wurden ebenfalls über-  
nommen. Darüber hinaus stellte die Konferenz die Forder-  
ung auf, daß in allen Arbeitsgebieten, in denen der Durch-  
schnittslohn eines Arbeiters oder einer Arbeiterin zu  
einer gesitteten Lebensführung nicht hinreicht und in denen  
der Abschluß von Lohnvereinbarungen durch Arbeiterverbände  
sich als unmöglich erweist, paritätisch zusammengesetzte Lohn-  
ämter zu errichten sind, mit der Aufgabe, rechtsverbindliche  
Lohnsätze aufzustellen.

Eine Neugestaltung erfuhr das Programm des Gewerk-  
schaftsbundes hinsichtlich der weiteren Forderungen des inter-  
nationalen Arbeiterschutzes. Die früheren Programme von  
Leeds und Bern verlangten die Einsetzung des Arbeitsamts  
der internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeit-  
schutz als internationale Zentralstelle für den Arbeiterschutz.  
Dagegen machten sich auf der jetzigen Konferenz in Bern Be-  
denken geltend. Man war der Auffassung, daß die inter-  
nationale Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz nicht  
unter die Kontrolle der Regierungen gebracht werden dürfe,  
sondern eine freie Organisation für soziale Forschungs-  
arbeiten bleiben müsse. Andererseits wurde besonders von  
den Engländern und Franzosen, denen sich in der Kommission  
Jansson (Deutschland) anschloß, geltend gemacht, daß der  
internationale Arbeiterschutz in der Zukunft dem Einfluß der  
Bürokratie nach Möglichkeit entzogen werden müsse. Das  
neue Berner Programm enthält dementsprechend die Forder-  
ung, daß die vertragsschließenden Staaten eine ständige  
Kommission errichten sollen, die zu gleichen Teilen  
aus Vertretern des Völkerbundes und des internatio-  
nalen Gewerkschaftsbundes bestehen soll. Diese  
Kommission soll die von den Vertragsmächten beschickten, all-  
jährlich abzuhaltenden internationalen Arbeit-  
erschutzkongresse vorbereiten und berufen. Die Hälfte  
der stimmberechtigten Teilnehmer an diesem  
Kongress muß aus Vertretern der gewerkschaftlich  
organisierten Arbeiter jeden Landes bestehen  
und die Kongresse sollen im Rahmen der ihnen zugewiesenen  
Kompetenzen bindende Beschlüsse fassen können. Die  
ständige Kommission wiederum soll in dauerndem Zusammen-  
wirken mit dem internationalen Arbeitsamt in Basel und dem  
internationalen Gewerkschaftsbund bleiben.

Das solchermaßen umgearbeitete internationale Arbeit-  
schutzprogramm der Gewerkschaften wurde auf der Konferenz  
von Jansson im Auftrage der Kommission begründet und  
sah nach kurzer Diskussion einstimmige Annahme. Ein Re-  
ferat zum gleichen Thema hatte Jouhaux (Frankreich) über-  
nommen, der eine Proklamation an die Arbeiter  
aller Länder vorlegte, welche von der Konferenz ein-  
stimmig angenommen wurde. Diese Proklamation weist die  
Arbeiter auf die Notwendigkeit der internationalen Sozial-  
reform und auf die noch größere Notwendigkeit der Beseiti-  
gung der Ausbeutung der Menschen durch den Menschen hin.  
Die Arbeiter müssen eine internationale Organisation der

### Vom Wert des Geldes\*).

Warum sind hundert Mark keine hundert Mark wert?

Diese Frage stellt uns Kollege Gustav Dahnke, zurzeit in  
einem Lazarett in Dreifach in Baden. Er schreibt unter  
anderm:

Werter Kollege! . . . Oft schon habe ich mich ange-  
strengt, die Ursachen des Standes der Valuta zu erfassen,  
doch immer tauchen dann neue Fragen auf, für die ich  
keine Antwort finden konnte. So hinterließ bei mir der  
Artikel des Genossen Hans Markwald über die „Inflation“  
in Nr. 14 der „Neuen Zeit“ wieder die vielleicht recht  
dumme Frage: Ja, warum sind hundert Mark im Aus-  
lande nicht hundert Mark wert? Durch welche Vorgänge  
wird die Entwertung bestimmt? Ein Zehnmarkstück in  
Gold hat doch einen Goldwert von 9,98 Mk. Ist das jetzt  
nicht der Fall? Vielleicht kannst du mir im „Grundstein“  
ein Wert empfehlen, das mich in die Geheimnisse des Fi-  
nanzwesens einführt. Ich weiß wohl, daß der Stand  
unserer Valuta abhängig ist von unserer Einfuhr und Aus-  
fuhr, von der militärischen Lage usw., aber die Zusammen-  
hänge sind mir nicht klar . . .

Die Frage des Kollegen Dahnke ist durchaus nicht dumm.  
Ueber das Wesen des Geldwertes und alles, was damit zu-  
sammenhängt: Löhne, Preise, Valuta usw., ist sich nur ein  
verhältnismäßig sehr kleiner Teil der Menschen klar, und es  
ist schon ein Zeichen großer geistiger Regsamkeit, wenn ein  
einfacher Arbeiter über diese Dinge nachdenkt und sich Klar-  
heit zu verschaffen sucht. Da sich wahrscheinlich auch noch  
andere Kollegen für diese Dinge interessieren, so wollen wir  
die Fragen des Kollegen Dahnke in folgendem zu beantwor-  
ten suchen. Dies kann freilich nur in ganz großen Umrissen  
geschehen; denn die Zusammenhänge sind hier so kompliziert  
und weit verzweigt, daß sie sich in einem Zeitungsartikel nur  
andeuten lassen.

Kollege Dahnke fragt, warum hundert Mark im Aus-  
lande nicht hundert Mark wert sind. Diese Frage läßt sich  
nicht beantworten, ohne zu wissen, was das Wort „Wert“  
überhaupt bedeutet. Was ist „Wert“? Wie entsteht er?  
Wodurch wird er gebildet?

Nach den Lehren der klassischen Nationalökonomie besitzt  
Wert ein Ding, das gebraucht wird, um menschliche Bedürf-  
nisse zu befriedigen. Das ist der Gebrauchswert. Aber nicht  
jedes Ding, das einen Gebrauchswert hat, besitzt auch einen  
Tauschwert. Luft und Wasser zum Beispiel sind Dinge, die  
einen Gebrauchswert, aber keinen Tauschwert haben. Der  
Tauschwert einer Ware wird gebildet durch die Menge der  
gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit, die in der Ware ver-  
körpert ist. Zwei Bedarfsgegenstände, die gleichviel gesell-  
schaftlich notwendige Arbeitszeit in sich verkörpern, sind gleich-  
viel wert und infolgedessen gegeneinander austauschbar. In  
alten Zeiten wurden fast nur Bedarfsgegenstände in Form  
von Naturalien (Woh, Getreide, Metall usw.) gegeneinander  
ausgetauscht; später ist dann aus Gründen, die hier nicht  
näher zu erörtern sind, das geprägte Gold immer mehr zum  
Tauschmittel und zum allgemeinen Wertmesser für alle an-  
dern Waren geworden. Diese Funktion konnte das Gold nur  
übernehmen, weil es selbst Wert hat, das heißt, weil es selbst  
gesellschaftlich notwendige Arbeit in sich verkörpert. Steht  
in einem Anzuge oder in einem Zentner Weizen so viel ge-  
sellschaftlich notwendige Arbeit, wie in einem Zwanzigmar-  
kstück, so ist der Zentner Weizen und ebenso der Anzug gegen  
das Zwanzigmarkstück austauschbar. Ist dagegen zur Erzeu-  
gung eines Zentners Weizen mehr gesellschaftlich notwendige  
Arbeit erforderlich, als zur Erzeugung eines Zwanzigmar-  
kstückes, etwa weil der Ertrag der landwirtschaftlichen Arbeit  
infolge einer Mißernte sehr gering war, so steigt der Wert  
des Weizens gegenüber dem Wert des Goldes, was in einem  
höheren Preise des Weizens zum Ausdruck kommt. Umge-  
kehrt geht der Wert und damit der Preis des Weizens zurück,  
wenn etwa infolge einer außerordentlich günstigen Ernte die  
in einem Zentner Weizen stekende gesellschaftlich notwendige  
Arbeitszeit verringert wird.

Diese Wirkung tritt unter den angegebenen Umständen  
bei gleichbleibendem Wert des Goldes ein. Nun kann aber  
auch das Gold seinen Wert verändern. Wenn zum Beispiel  
gewaltige neue Goldlager entdeckt werden und dieses Gold  
unter Anwendung arbeitssparender Maschinen gehoben und  
geläutert wird, dann wird der Wert des Goldes sinken. In  
einem Zwanzigmarkstück steckt dann nicht mehr die gleiche  
Menge gesellschaftlich notwendiger Arbeitszeit wie ehemals;

man wird infolgedessen im Austausch dafür keinen Zentner  
Weizen und keinen Anzug mehr bekommen, vorausgesetzt, daß  
sich nicht gleichzeitig auch die in diesen Waren stekende ge-  
sellschaftlich notwendige Arbeitszeit verringert hat.

So ist die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit die  
Grundlage für die Bildung jeglichen Wertes. Indem es all-  
gemein gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit verkörpert, ist  
das Gold für den größten Teil der Erde zum allgemeinen  
Wertmesser und zum internationalen Zahlungsmittel ge-  
worden.

Nun wird im modernen Zahlungsverkehr das Gold viel-  
fach von andern Gelden vertreten, namentlich vom Papiergeld:  
in Deutschland den Reichsbanknoten, Darlehnskassen-  
scheinen und Banknoten. Hat auch Papiergeld einen „Wert“?  
Nein! Dadurch, daß wir in normalen Zeiten für einen  
Zwanzigmarkschein die gleiche Menge Waren bekommen wie  
für ein Zwanzigmarkstück, hat es zwar den Anschein, als  
hätten beide Geldarten den gleichen Wert, und als wäre die  
eben entwickelte Werttheorie nicht richtig. Aber das scheint  
nur so. Gold muß in mühsamer Arbeit aus der Erde ge-  
graben, aus dem Gestein geschmolzen und nach den Präge-  
stätten transportiert werden; Zwanzigmarkscheine aber lassen  
sich mit Hilfe einer Druckmaschine sozusagen im Sandum-  
drehen zu Tausenden aus Papier herstellen. In einem  
Zwanzigmarkstück steckt so gut wie gar keine gesellschaftlich  
notwendige Arbeit; er hat infolgedessen auch so gut wie gar  
keinen Wert. Das Papiergeld hat keinen Wert; es stellt nur  
dadurch einen Wert vor, daß es die Stelle von Gold oder  
andern Werten vertritt. Gold kann jederzeit umgeschmolzen  
werden und behält auch dann seinen Wert, indem es als Roh-  
stoff zu Schmuck usw. verwendbar ist; sein Wert ist in allen  
Ländern mit Goldwährung gleich. Papiergeld aber ist nichts  
als ein Fehden bedruckten Papiers; es ist nur durch Macht-  
spruch des Staates Geld. Aber der Staat kann keinem  
Gegenstand Wert geben, der nicht in sich einen Eigenwert  
trägt; er kann einem an sich wertlosen Papiersegen nur da-  
durch Zahlungs- und Kaufkraft verleihen, daß er für den  
auf die Papierscheine aufgedruckten Geldwert bürgt oder an-  
dere dafür bürgen läßt.

Welche Bürgschaft wird nun für das Papiergeld ge-  
währt?

\* Aus dem „Grundstein“.

Arbeit anstreben, sich ein Mindestmaß von Garantien mora- lischer und materieller Art sichern und so die Neuordnung vorbereiten, der die Arbeiterwelt zustrebt.

Einem Antrage der Franzosen gemäß nahm die Konferenz zur Frage des Völkerverbundes Stellung. Die von Ruhe (Deutschland) im Auftrage der Kommission ver- tretene Resolution stellt sich auf den Boden eines Bundes der Völker, der Freiheit, Gerechtigkeit und die Beseitigung der Kriege bezweckt und alle wirtschaftlichen und politischen Trennungen der Völker beseitigt.

Eine zweite Resolution der französischen Delegierten wurde ebenfalls einstimmig angenommen; sie entbietet den Revolutionen, die in vielen Ländern die Throne stürzten und die Herrschaft der Bourgeoisie beseitigten, den Gruß der Konferenz. Die Konferenz ehrt das An- denken der Millionen Arbeiter, die in allen Ländern auf den Schlachtfeldern fielen als Opfer derjenigen, die die Gewalt der Waffen dem Rechte der Völker entgegensetzten.

Im Verlaufe der Konferenz richtete Jansson (Deutsch- land) an die Delegierten der englischen und französischen Ge- werkschaften die Anfrage, welche Stellung sie einnehmen zu der Verklabung der deutschen Kriegsge- fangenen in Frankreich und zu der Aufrechter- haltung und Verschärfung der Blockade gegen Deutschland, durch welche Millionen deutscher Arbeiter zur Arbeitslosigkeit und zum Hunger verurteilt wer- den. Souhaur (Frankreich) gab hierauf die Erklärung ab,

„daß, trotzdem die Frage heikel sei, er doch erklären müsse, daß die französische Delegation in keinem Falle billige, daß ein siegreiches Land ein besiegtes Land dem Hunger aussetze und die Kriegsgefangenen zur Zwangsarbeit verwende. Unsere Sym- pathie gilt dem deutschen Volke ebenso wie allen Völkern. Das Elend des deutschen Volkes läßt uns nicht gleichgültig. Allein die Deportationen in Belgien und Nordfrankreich und die Behandlung der russischen Kriegsgefangenen nach dem Frieden von Brest-Litowsk erschweren unser Vorgehen, das wir gegenüber unserer Regierung einschlagen wollen. Mit diesen Schwierigkeiten muß ganz besonders gerechnet werden angesichts der Verstärkungen in Belgien und Nord- frankreich. Ich wiederhole jedoch in bestimmter Weise, daß nach unserer Ansicht ein siegreiches Volk ein besiegtes Volk nicht zu Hunger und Zwangsarbeit verurteilen darf. Dies wollen wir ohne jede Zweideutigkeit erklärt haben.“

Brunning (England) schloß sich dieser Erklärung an und bemerkte:

„Die Ereignisse des Krieges haben im englischen Volke große Entrüstung gegen das deutsche Volk hervorgerufen. Die englischen Gewerkschaften werden trotzdem alles tun, um die Deutschen nicht der Zwangsarbeit auszusetzen und in den Hunger zu treiben. Die Revolution in Deutschland hat eine Aenderung gebracht. Die englischen Gewerks- schaften wollen heute einen baldigen Frie- den der Versöhnung und werden in diesem Sinne tun was ihnen möglich ist, können aber für die Aufrechter- haltung der Blockade keine Verantwortung übernehmen.“

Die deutsche Delegation erklärte darauf, daß sie eine an- dere Stellungnahme der Franzosen und Engländer nicht er- wartet hätte; sie verties insbesondere gegenüber den Fran- zosen auf das erfolgreiche Einschreiten der deutschen Gewerks- schaften gegen die Deportationen. Es sei ihnen nicht nur ge- lungen, die Einstellung der Deportationen herbeizuführen, sondern sie haben auch großen Massen der Deportierten die Rückkehr in die Heimat ermöglicht. Auch hätten sie ihren ganzen Einfluß für die belgischen Arbeiter mit Erfolg ein- gesetzt.

Damit war auch diese Angelegenheit zu allseitiger Zu- friedenheit erledigt. Es darf festgestellt werden, daß auf dieser internationalen Gewerkschaftskonferenz, auf der zum ersten- mal wieder die Gewerkschaftsvertreter von hüben und drüben zusammen waren, irgendwelche Unstimmigkeiten wesentlicher Art nicht zutage traten. Die Meinungsverschiedenheiten be- trafen lediglich die Formulierung des einen oder anderen Punktes in den Beschlüssen, die aber sämtlich einstimmig ge- faßt werden konnten. Mit aller Bestimmtheit kann darauf

Für das eigentliche Staatspapiergeld, die Reichskassen- schein, im Grunde genommen überhaupt keine. Der Staat gibt zwar diese Scheine aus; aber er ist nicht verpflichtet, sie in Gold einzulösen. Er ist nicht einmal verpflichtet, sie zu- rückzunehmen. Auch jeder Staatsbürger war infolgedessen in Friedenszeiten berechtigt, Reichskassenscheine zurückzugeben. Vollgültiges Zahlungsmittel war in Deutschland in Friedens- zeiten nur Gold; selbst Silber und Kupfer, deren Wert, am Golde gemessen, auch nicht den aufgedruckten Ziffern ent- spricht — der Silberpreis eines Fünfmärkstüdes war in Friedenszeiten zuletzt rund 2 Mk. —, brauchte man im Frie- den nur bis zu einer bestimmten Höhe in Zahlung zu nehmen. Als Zahlungsmittel können die Reichskassenscheine nicht in- folge ihres Eigenwertes, nicht infolge der in ihnen verkör- perten Arbeit dienen, sondern nur infolge des allgemeinen Ver- trauens der Staatsbürger, daß der Staat die Scheine auch ohne besondere Verpflichtung jederzeit in Zahlung nehmen und daß man sie auch sonst bei Zahlungen für den ihnen auf- gedruckten Wert wieder los werde.

Im Gegensatz zu den Reichskassenscheinen mußten in Friedenszeiten die Banknoten jederzeit gegen Gold eingelöst werden. Die Banknoten werden nicht vom Reich ausgegeben, sondern von der Reichsbank, die ein Zwischenglied zwischen Privatbank und Staatsbank ist, und einigen andern Noten- banken. Die Banknote ist eine Anweisung der Reichsbank auf sich selbst, das heißt, die Reichsbank zahlte dem Vorzeiger der Note die auf ihr vermerkte Summe in Gold. Sie mußte diese Summe zahlen. Die Noten waren also „in Gold ge- deckt“, und diese Golddeckung und die Einlösepflicht machten sie im Zahlungsverkehr zu einer Vertretung für Gold. Aber nicht die gesamten von der Reichsbank ausgegebenen Noten waren im Frieden durch Gold gedeckt; die Reichsbank durfte vielmehr den dreifachen Betrag des in ihren Kellern lagern- den Goldes an Noten ausgeben. Die Dritteldeckung in Gold reichte in normalen Zeiten zur Einlösung aller an die Reichs- bank gelangenden Noten aus. Dadurch behielten die Noten als Vertreter des Goldes den vollen ihnen aufgedruckten „Wert“.

Dieser „Wert“ wäre sofort gesunken, wenn nicht bei Ausbruch des Krieges der Zwangskurs verhängt worden wäre. Niemand hätte dann die in Wahrheit ganz wertlosen

gerechnet werden, daß die Gewerkschaftsinternationale bei ihrer bald stattfindenden Tagung wieder neu und kraftvoll erstehen wird.

### Aus den Gewerkschaften.

#### 50 000 organisierte Landarbeiter.

Am 1. Februar 1909 war die Gründungskonferenz des Deutschen Landarbeiterverbandes. Der Verband machte in den ersten Jahren seiner Tätigkeit gute Fortschritte und zählte bei Kriegsausbruch 22 500 Mitglieder. Trotz rückwärtsgeringer Bekämpfung seiner Gegner und unter Berücksichtigung der schwierigen Verhältnisse kann dies als ein guter Anfang be- zeichnet werden. Durch die Kriegswirkungen war die Mit- gliederzahl bis auf 6329 am Schluß 1916 gesunken.

Gegenwärtig ist ein starker Zustrom von Mitgliedern zu verzeichnen und sind 50 000 Mitglieder überschritten. Der Mitgliederbestand betrug am Schluß des 3. Vierteljahrs 1918 8006 und hat sich die Mitgliederzahl demnach mehr als ver- facht. Sicher wäre die Zahl von 100 000 freigewerkschaft- lich organisierten Landarbeitern schon überschritten, wenn der Verbandsleitung die nötigen Kräfte zur Verfügung ständen. Das Land ist erwacht und nun müssen sich auch die Arbeit- geber in der Landwirtschaft mit der gewerkschaftlichen Or- ganisation der Landarbeiter abfinden, so bitter dies auch für manche der Herren sein mag.

### Aus der Textilindustrie.

200 000 überschritten. Die Auflage unseres Blattes be- trägt für diese Nummer 206 200. Die Zunahme betrug in der letzten Woche 11 800. Nur eine Wochenzunahme war noch höher als diese: die für Nummer 2 dieses Jahrgangs, welche 13 000 betrug.

Die Reichsware und der Großhandel. Vielfach wird in den Kreisen des Einzelhandels die Ansicht laut, daß man auf den direkten Bezug der Reichsware durch die Verbände ver- zichten könne, da man sie ja vom Großhandel später nach Muster und mit Mängelkrüge sowie mit dem üblichen Ziel kaufen könne. Demgegenüber sei darauf hingewiesen, daß aller Wahrscheinlichkeit nach die einzelnen Großhandelsfirmen, die die Waren von ihren Verbänden ebenso ungehen ge- zahlt erhalten, die „Reichsware“ nur in selbst zusammenge- stellten Einzelposten ohne Muster und Probe sowie gegen Vorausbezahlung abgeben werden. Jedenfalls sind uns jetzt schon solche Angebote bekannt, die an die Einzelhandelskunds- chaft hinausgegangen sind, und diejenigen Einzelhändler, die glauben, auf diesem Wege wie im freien Handel kaufen zu können, dürften enttäuscht werden.

Verteilung von Reichstextilwaren in Sachsen. Zur Ver- teilung größerer Bestände der in Sachsen lagernden Reichs- textilwaren ist die Sächsische Vermittlungsstelle für die Ver- teilung von Reichstextilwaren, G. m. b. H. mit dem Sitz in Dresden, Albrechtstraße 4, errichtet worden. Die gemeinnützig arbeitende Gesellschaft untersteht der Beaufsichtigung eines besonderen Revisionsausschusses, dem auch Vertreter der Ar- beiterchaft und der Angestellten sowie der Kreishauptmann- schaften angehören, sowie der Oberaufsicht des Arbeits- und Wirtschaftsministeriums. Aufgabe der sächsischen Vermitt- lungsstelle ist es, die zur Verteilung von der Reichs-Textil- Aktiengesellschaft freigegebenen Waren so schnell wie möglich der Großkonfektion, dem Handel sowie den Konsumvereinen und dem Handwerk Sachsens und durch deren Vermittlung den sächsischen Verbrauchern zuzuführen. Die Zuweisung der Waren erfolgt ausschließlich an sächsische Fachverbände, Ein- kaufsgenossenschaften des Schneiderhandwerks und sonstige Berufsorganisationen. Firmen des Großhandels und der Konfektion, die keinem Fachverbande angeschlossen sind, werden von der Vermittlungsstelle auf Antrag einem solchen zur Be- liefierung zugewiesen. Einzelhandelsfirmen und Handwerker, die nicht Mitglieder einer Einkaufsgenossenschaft sind, haben sich von ihren Handelsgroßfirmen und von der Konfektion be- liefern zu lassen. Die Zuweisung der Waren durch die Ver-

Papierfetzen in Zahlung nehmen, jeder die in seinem Besitz befindlichen Noten gegen das wirklich wertvolle Gold um- tauschen wollen. Die Reichsbank hätte aber nur einen Teil der ausgegebenen Noten einlösen können. Die Folge wäre eine sofortige allgemeine Entwertung der Noten gewesen. Durch die Verhängung des Zwangskurses sind zwar die Noten vollgültige Zahlungsmittel geblieben, aber einen eigenen Wert haben sie dadurch nicht erhalten; sie stellen nach wie vor nur fremde Werte vor, sie sind Zertifikate für Gold, das in der Reichsbank lagert. Der Staat hat auf Grund seiner Macht dekretiert, daß jedermann verpflichtet ist, Papiergeld in Zahlung zu nehmen, und daß niemand das Recht hat, die Einlösung von Papier in Gold zu ver- langen. Die Reichsbank hat sogar alles noch erreichbare um- laufende Goldgeld an sich gezogen. Sie zieht jetzt zur Er- höhung ihrer Goldreserve auch allen erreichbaren Goldschmud ein. Für das eingezogene Gold hat sie den mehrfachen Be- trag an bedruckten Papierzetteln ausgegeben. Außerdem haben die Darlehnskassen große Mengen Darlehnskassenscheine ins Publikum geworfen. Nach Professor Lujo Brentano haben sich die bedruckten Zettel, die heute als gesetzliche Zahlungs- mittel gelten, seit dem 22. Juli 1914 von etwa 2 1/2 auf 19 1/4 Milliarden Mark gesteigert. Durch diese Steigerung an Papiergeld sind aber, wie nach dem oben Gesagten wohl jedem klar sein wird, nicht mehr Werte geschaffen worden, als vor dem Kriege in Deutschland vorhanden waren; man hat da- mit nur das Geld „gestreckt“, also eine Entwertung des Geldes herbeigeführt, die in steigenden Preisen, und zwar auch in steigenden Preisen für Gold, zum Ausdruck kommt. Es ist damit ungefähr umgekehrt wie mit einem Faß guten Weines, aus dem man durch Wasserzufuß viere macht: man bekommt dadurch zwar mehr „Wein“, aber keine größeren Werte; in demselben Maße wie die Verdünnung des Weines zunimmt, geht, auf das Liter berechnet, der Wert des Weines zurück.

\*) Aus Zeitungsberichten ist bekannt, daß Goldhändler ver- urteilt wurden, weil sie trotz strengen Verbotes Goldgeld mit Auf- schlag zu kaufen oder zu verkaufen mußten. Für ein Zwanzig- märkstück wurden schon bis zu 60 Mk. bezahlt.

mittlungsstelle an die Berufsorganisation erfolgt erst nach Sinterlegung des Gegenteiles bei der Vermittlungsstelle.

Die Lage der Leinenindustrie. Die Verwaltung der Sächsischen Textilwerke Methner u. Frahne H.-G. äußert sich über die gegenwärtige Lage der deutschen Leinenindustrie folgendermaßen: Der unglückliche Ausgang des Krieges für Deutschland hat für die Leinenindustrie eine unerwartet und vollkommen veränderte Lage geschaffen. Die Preisgabe des sogenannten „Baltikums“ und der bestetzten Gebiete Rußlands infolge der Waffenstillstandsbedingungen hat mit einem Schläge die Leinenindustrie ihrer Hauptbezugsquelle für Flachs beraubt. Die Rohstoffzufuhr aus Belgien ist aus dem gleichen Grunde abgebrochen, und so sind die Spinnereien nur noch auf die heimische Erzeugung in Flachs angewiesen, die etwa nur den zehnten Teil des normalen Friedensbedarfs deckt. Es wird daher eine starke Einschränkung der Pro- duktion nötig, und vielleicht muß es sogar zu periodischen Stilllegungen der Spinnereien kommen, wenn es nicht ge- lingt, einen baldigen Friedensschluß herbeizuführen und da- mit auch die Rohstoffzufuhr aus Rußland, wo noch umfang- reiche Läger in Flachs sich befinden, in die Wege zu leiten. Die Webereien sind naturgemäß infolge der stark verringerten Produktion der Spinnereien sehr in Mitleidenschaft ge- zogen, denn Ersatzgespinste stehen nur in geringem Umfang für die Webeerei zur Verfügung. Mehrfache erhebliche Lohnsteigerungen haben die Produktion gewaltig verteuert, so daß die Gesamtlage der Leinenindustrie durch die ver- änderten politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse zurzeit keine erhebliche Besserung erwarten läßt.

Wäsche aus Seide und Kunstseide. Die Wäschefabrikanten sind in der letzten Zeit mehr und mehr dazu übergegangen, weiße und rohfärbige Kunstseidene und seidene Stoffe zu Leibwäsche zu verarbeiten und haben hiermit sehr gute Er- folge gehabt. Baumwollene Stoffe fehlen heute gänzlich, und wenn hier und da einmal ein Posten angeboten wird, so werden Preise dafür verlangt, die denen der Rohseide kaum nachstehen. Kunstseidene Stoffe stellen sich sogar oft im Preise noch günstiger. In Rohseide sind in letzter Zeit sehr haltbare Stoffe, die sich für die Wäschefabrikation sehr gut eignen, angeboten worden. Rohseidene Leibwäsche dürfte für den Sommer eine große Rolle spielen.

Textilwarenpreise im Ausland. Von einem Berufsge- nossen, der Gelegenheit hatte, in dem Pariser Hause der Firma Hartmann Fils die derzeitigen Preise durch einen Ver- trauensmann feststellen zu lassen, wird der „Textil-Woche“ mitgeteilt, daß Baumwollstoffe mittlerer Beschaffenheit, die im Frieden bei uns etwa 75 Pf. kosteten, dort jetzt mit 2,50 Frank gehandelt werden. Dieser Preis würde, Baluta, Fracht und Zoll hinzugerechnet, etwa gleich 5 Mk. sein. Da bei der zu erwartenden starken Nachfrage der Preis sehr steigen würde, so dürfte etwa mit dem sieben- bis zehnfachen Frie- denspreis für die Einfuhr dieser Stoffe zu rechnen sein. Die Läger der Firma sind stark aufgefüllt und harren des Ab- sales ins Ausland. Der Preis bei den besseren Qualitäten ist entsprechend höher.

### Soziale Rundschau.

#### Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung.

Die Ansprüche aus der Invaliden- und Hinterbliebenen- versicherung bleiben, obwohl die Umwachsung gemäß §§ 1280 ff. der Reichsversicherungsordnung erloschen sein würde, dann bestehen, wenn die zwischen dem Eintritt in die Versicherung und dem Versicherungsfall liegende Zeit zu mindestens drei Vierteln durch ordnungsmäßig verwendete Betragsmarken belegt ist. (Verordnung der Reichsregierung vom 9. Februar 1919.)

### Gesundheitspflege.

#### Verwendung der zurückkehrenden Ärzte in sozialhygienischen Einrichtungen.

Mit der Beendigung des Krieges sind zahlreiche Ärzte aus dem Felde und der Etappe heimgekehrt; mit der allmäh- lichen Auflösung der Lagarett im Heimatgebiet werden wei- tere Ärzte aus dem Seeresdienst entlassen und ihrer frühe- ren Tätigkeit zurückgegeben werden. Auf der anderen Seite haben die Einrichtungen der Volksgesundheitspflege, beson- ders die der Mutter- und Säuglingsfürsorge, während des Krieges über den Mangel an Ärzten geklagt. Zahlreiche neue Einrichtungen sind entstanden und haben vielfach ohne Arzt gearbeitet. Stadt- und Landkreise, Gemeinden, die öffentlichen Korporationen der Volkswohlfahrt, Verbände, Anstalten und Fürsorgeeinrichtungen erfüllen nicht nur eine Dankeschuld, wenn sie den Ärzten, die jahrelang im Dienst des Vaterlandes gestanden haben, bei ihrer Rückkehr in die Heimat zur Wiederlangung ihrer Existenz behilflich sind, sondern wirken auch im eigenen Interesse, wenn sie sich die Mitarbeit dieser Ärzte rechtzeitig sichern. Die Erfüllung des sicher auf beiden Seiten bestehenden Wunsches, sich gegen- seitig dienstbar zu sein, dürfte zunächst an dem Fehlen einer Vermittlungsstelle scheitern. In dieser Erkenntnis stellt sich das Organisationsamt für Säuglingsfürsorge der Stiftung Kaiserin-Auguste-Viktoria-Haus zur Bekämpfung der Säug- lingssterblichkeit im Deutschen Reich zur Verfügung. Be- hörden, Kommunen bzw. Kommunalverbände, Wohlfahrts- vereine — nicht nur der Mutter- und Säuglingsfürsorge —, überhaupt alle diejenigen, die jetzt oder in absehbarer Zeit Ärzte suchen, werden gebeten, Meldungen an die Geschäfts- stelle: Charlottenburg, Mollwitz-Privatstraße gelangen zu lassen. Beizufügen sind nähere Angaben über die Art der Anstalt bzw. Einrichtung, Besoldungs- und Anstellungsbedin- gungen. Gleichzeitig werden Ärzte, die bereits auf dem Ge- biete gearbeitet haben oder in Zukunft auf demselben zu ar- beiten gewillt sind, ersucht, dem Organisationsamt eine ent- sprechende Meldung zugehen zu lassen.

#### Mitwirkung der Krankenkassen bei der Bekämpfung der Tuberkulose.

Auf Anregung des Deutschen Zentralkomitees zur Be- kämpfung der Tuberkulose und befürwortet durch das Reichs- gesundheitsamt soll für die Zukunft ein möglichst enge Zu- sammenarbeiten der Krankenkassen mit den Fürsorgestellen für Lungenkranke angebahnt werden. Unter der früheren Re- gierung sind Grundsätze über das Zusammenarbeiten auf- gestellt worden, die den Oberversicherungsämtern und Ver-

sicherungsämtern durch Erlaß des preußischen Handelsministers vom 9. November 1918 zugestellt worden sind, um die örtlichen Krankenkassen zu einheitlichem Vorgehen in dieser Frage anzuregen.

Die Grundsätze sehen vor, daß die Krankenkassen ermächtigt werden, die Fürsorgestellen geldlich zu unterstützen; jedoch müssen die Fürsorgestellen auch sonst geldlich gesichert und leistungsfähig sein, und den Krankenkassen soll ein ihrem Geldzufluß entsprechender Einfluß auf die Verwaltung gesichert werden.

**Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit in Deutschland.**

Aus dem Bericht des Kaiserin-Auguste-Viktoria-Hauses für 1917/18 geht hervor, daß ein besonders erfolgreiches Unternehmen der Anstalt die Einrichtung von unentgeltlich erteilten seminariatischen Arztbesuchen ist, da das Universitätsstudium den Arzt für das Gebiet der Säuglingspflege nicht ausreichend vorbereitet.

Die staatliche Säuglingspflegeschule hat im vergangenen Jahre zum ersten Male ihre Wirksamkeit entfaltet. Die Schülerinnen werden im Laufe eines Jahres zu Säuglingspflegerinnen ausgebildet und können durch weitere 2- bis 3-jährige Fortbildung in der Anstalt ein Zeugnis über die Befähigung, einen leitenden Posten in einer geschlossenen Anstalt auszufüllen, erhalten.

Von großer Bedeutung für die einheitliche Organisation war das enge Zusammenarbeiten der Anstalt mit anderen großen Organisationen, z. B. Vereinigung für Säuglingschutz, Deutsche Zentrale für Jugendfürsorge u. a.

**Gerichtliches.**

**Gerichtliches Nachspiel zur Plauener Brandkatastrophe.**

Das furchtbare Brandunglück in der Plauener Kartuschieranstalt (früheren Glühlampenfabrik) am 19. Juli 1918, bei dem über 300 Frauen und Mädchen ihren Tod fanden, wird noch ein unangenehmes Nachspiel vor Gericht haben. Die Angehörigen der Todesopfer und die an ihrer Gesundheit dauernd Geschädigten wollen gemeinsam gegen die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft Berlin klagen, wenn sie nicht für jedes Todesopfer und für die Überlebenden, die durch Brandwunden entsetzt sind oder sonst Schaden an ihrer Gesundheit erlitten haben, 2000 Mk. Entschädigung zahlt und die Kosten der Einzelbeerdigungen trägt.

**Berichte aus Fachkreisen.**

**Nachen.** Mit dem 1. März wird das Bureau nach Rudolfstraße 58 verlegt. Alle Zusendungen erbitten wir von da an die neue Adresse.

**Liegnitz.** Im großen Saale des Gewerkschaftshauses fand am Mittwoch, den 13. Februar, die Generalversammlung der Filiale Liegnitz des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes statt. Den Kasienbericht erstattete Kollegin Görner, dabei erwähnend, daß die Mitgliederbewegung einen riesigen Aufschwung genommen hat. Die gegenwärtige Mitgliederzahl beträgt gegenwärtig weit über 1000. Nach dem Willen hielt Genosse Steininger ein Referat über die Aufgaben der Arbeiterbewegung. Er ging aus von der Zeit vor dem Kriege, wo die Unternehmer, angepörrt durch die Gleichgültigkeit der Textilarbeiter gegenüber der Organisation, es verstanden haben, riesige Summen von Mehrwert, durch die miserabel entlohnten Textilarbeiter, herauszuwirtschaften.

**Reichenau.** Eine äußerst zahlreich besuchte Mitgliederversammlung fand am Dienstag, den 18. Februar, im „Gasthof zur Stadt Pitzau“ statt. Den ersten Punkt der Tagesordnung: „Die Lohn- und Arbeitsbedingungen in den hiesigen Betrieben seit Einführung der achtstündigen Arbeitszeit“ behandelte Kollege Richter in einstündiger Ausführung. Die Arbeitszeit wurde am 2. Januar so eingeführt, wie sie zwischen den beiderseitigen Organisationen vereinbart worden ist.

tragen. Mancher Angestellte in den Betrieben kann sich immer noch nicht daran gewöhnen, die Arbeiter als gleichberechtigt anzuerkennen, und denkt durch Kleinliche Schikanen gegenüber den Arbeitern sich beim Unternehmer lieb Kind zu machen. Bei der Firma S. L. Brendler hatte der Betriebsleiter Ringel, als die achtstündige Arbeitszeit eingeführt wurde, angeordnet, daß der Kaffeewärmer abgestellt wurde. Es wurde dadurch den Beschäftigten die Möglichkeit genommen, sich gelegentlich etwas Kaffee zu wärmen. Eine Maßnahme, die auf keinen Fall eine Berechtigung hat. Um so unverständlicher wird die Maßnahme, wenn man bedenkt, daß bei dieser Firma eine Anzahl Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt sind, die früh eine Stunde Weges zurücklegen müssen, ehe sie an die Arbeitsstelle gelangen. Herr Ringel erzählt den Arbeitern, daß die Maßnahme im Einverständnis mit der Organisation beschlossen worden wäre. Sollte damit gegen unsere Organisation Stimmung gemacht werden? Herr Ringel scheint aber doch durch den Unwillen der Arbeiterschaft darüber bekehrt worden zu sein, daß sein Plan auf die Dauer nicht aufrechtzuerhalten ist, und so hat er den Kaffeewärmer wieder öffnen lassen. — Die Mitgliederzahl ist seit Anfang Dezember vorigen Jahres bedeutend gestiegen, es wurden gegen 600 Neuaufnahmen gemacht. — Kollege Richter wandte sich nun zu den Lohnforderungen, die wir stellen müssen, um einigermaßen die traurigen Zustände, wie sie hier noch bestehen, zu beseitigen. Mit einem Appell an die Anwesenden, weiter für die Organisation tätig zu sein und auch den letzten Arbeiter, die letzte Arbeiterin der Organisation zuzuführen, schloß Kollege Richter seine mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen. — In der Debatte über diesen Vortrag wurden die Verhältnisse, wie sie vom Vortragenden geschildert wurden, bestätigt; allgemein waren die Versammelten der Meinung, daß die Lohnforderungen bald eingereicht werden sollen. — Zum 2. Punkt gab Kollege Richter eingehende Erläuterungen über die Textilarbeiterfürsorge, die nun wieder in Kraft getreten ist. An Beispielen wurde gezeigt, wer unterstützungsberechtigt ist und wie die Berechnung der Unterstützung erfolgt. Diese Ausführungen dürften dazu beigetragen haben, die vielen Unklarheiten, die über diese Unterstützungsanrichtung bestanden haben, zu beseitigen. — Die Abrechnung vom vierten Quartal wurde vorgelesen und die Revisoren bestätigten die Richtigkeit derselben. Dem Kassierer wurde Entlastung ausgesprochen. — Unter Verschiedenem kamen einige Vorlesungen aus den Betrieben zur Sprache, worauf der Vorsitzende die sehr anregend verlaufene Versammlung mit dem Wunsch schloß, daß auch in Zukunft unsere Versammlungen so zahlreich besucht sein möchten.

**Briefkasten.**

F. W., Schwelm. Ohne den Stempel Ihrer Ortsverwaltung dürfen wir Ihre Einwendung nicht aufnehmen.

**Literatur.**

Soeben erschien Th. v. Wächter's „Sonntagsblatt für freien Gastesaustausch“.

Die erste Nummer enthält u. a.: Die kulturgeschichtliche Notwendigkeit der Völkerränge und Klassenkämpfe bis zum Siege des Sozialismus. — Kann ein ernster Christ unserer wirtschaftlichen und politischen Staatsumwälzung zustimmen? — Ist es wahr, daß die Sozialisten eine Herrschaft der Arbeiterklasse einführen und das Privateigentum abschaffen wollen? — Richard Wagners Symphonie auf die soziale Revolution.

Probennummern gratis von Th. v. Wächter, Schönborn (Württemberg).

„Die neue Erziehung“. Sozialistische pädagogische Zweiwöchenschrift. Herausgeber Dr. M. H. Baegge, Unterstaatssekretär im preussischen Kultusministerium. Durch die Post vierteljährlich 5 Mk. und Bestellgebühr. Direkt unter Kreuzband 5,50 Mk. Verlag „Gesellschaft und Erziehung“ G. m. b. H., Berlin SW. 48, Wilhelmstr. 9. Adolf Braun, Die Sozialisierung. Preis 20 Pf. Verlag: Fränkische Verlagsanstalt u. Buchdruckerei G. m. b. H., Nürnberg. Es sind zeitgemäße volkswirtschaftliche und soziologische Betrachtungen, die uns in knappen Formen und doch in inhaltlich reichem Maße geboten werden. Das Schriftchen kann als recht lesenswert nicht warm genug empfohlen werden.

„Die soziale Bilanz des Krieges“ von Parvus, Preis 50 Pf. 1918. Berlin SW. 68: Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H. 1917 zuerst erschienen, in fünf Auflagen verbreitet und in mehrere Sprachen übersetzt, sodann bis kurz vor Ausbruch der Revolution verboten, kommt jetzt diese Schrift wieder heraus. In einem neuen Nachwort rechnet der Verfasser mit dem Oberkommandierenden in den Marken, als dem Vertreter des fluchbeladenen Militarismus ab und deckt das System der Lüge und Bedrückung auf. Im übrigen ist die Schrift unverändert: sie ist ein historisches Dokument. Sie hat den Mut und die Einsicht gehabt, gegen den damals noch siegreichen Imperialismus den katastrophalen und ruindösen Charakter des Krieges für alle Beteiligten nachzuweisen und für den Verständigungsfrieden einzutreten. Der Anlage gefügt sind der bündige, auf die umfassendste Kenntnis der Tatsachen gestützte Beweis bei. Parvus handhabt hier in populärer Form dieselbe ökonomische Methode, als deren Meister er sich in seinen großen Werken erwiesen hat. Aus den Dingen heraus entwickelt er den Sozialismus als die einzige Rettung.

Wir Volksschullehrer und die Sozialdemokratie. Ein Volksschullehrer wendet sich in dieser kurz vor Ausbruch des Weltkrieges erschienenen Broschüre an seine Kollegen. In warmherzigen Worten macht er sie aufmerksam auf die sozialen Uebelstände, unter denen Kinder des Proletariats heranwachsen. Er schildert die Aschenbrödelstellung der Volksschule und verlangt die Einheitschule, die nur von der Sozialdemokratie wirklich ernsthaft verlangt wird und nur von ihr durchgeführt werden kann.

Die Broschüre ist erschienen im Verlage Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3, sie kostet 1,50 Mk. und ist durch jede Buchhandlung zu beziehen oder vom Verlage gegen Einzahlung von 1,65 Mk. oder gegen Nachnahme des Betrages. Ein Verzeichnis von „Schriften über Religion und Schule“ wird von derselben Geschäftsstelle auf Verlangen kostenlos zugesandt.

„In Freien Stunden“. Die illustrierte Wochenschrift (Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68) beginnt soeben mit dem Abdruck der Stormischen Novelle „Der Schimmelreiter“, die zu den hervorragendsten und fesselndsten Arbeiten des norddeutschen Dichters gehört. Der Schimmelreiter, eine sagenhaft-gespinnstige Gestalt an der Wasserfronte, wird uns hier in der seltensten Lebens- und Liebesgeschichte eines armen Bauernburschen menschlich nähergebracht. Die Novelle vereint in sich alle Vorzüge Stormischer Erzählungskunst. Die wöchentlich erscheinenden Hefte können zum Preise von je 20 Pf. durch unsere Expedition bezogen werden; auf Wunsch liefert sie auch bereits früher erschienene Hefte.

Meyer Heinrich, „Om Rechte, das mit uns geboren ist.“ — Das Recht auf Existenz, Das freie Volk, Das Weltbürgerrecht. Leipzig 1919, Kommissionsverlag F. E. Fischer. 40 S. 1,50 Mk.

**Musik.**

Die „Internationale“. Deutsch von Franz Diederich. Dieses Revolutionslied wird gewiß den Beifall der deutschen Arbeitererschaft finden. Es kann mit Musik von Dogeher, aus dem Musikverlag von Josef Günther, Dresden-N., Ziegelstr. 24, bezogen werden. Preis für eine Singstimme mit Klavierbegleitung 1,20 Mk., für Männerchöre Partitur und Stimmen 1,65, Streichorchester 1,20, Blasorchester 1,20, Salonorchester 1,50.

**Bekanntmachungen.**

Vorstand. Sonntag, den 2. März, ist der

9. Wochenbeitrag fällig.

**Monatliche Arbeitslosen-Zählung.**

Stichtag für die Februarzählung ist Sonnabend, der 1. März. Wir haben diesen Termin angefest, weil der 23. Februar zu früh für die Zählung war, eruchen aber die Filialen, so schnell wie möglich die Karten einzuweisen zu wollen.

Der Vorstand.

**Geschäftsführer-Gesuch.**

Für die Filiale Werbau i. Sa. werden zum baldigen Antritt 2 Geschäftsführer gesucht.

Kollegen und Kolleginnen, welche mit dem Verbandsleben bestens vertraut sind und die erforderlichen agitatorischen, organisatorischen, schriftlichen, rechnerischen und rednerischen Fähigkeiten haben und sich um die Stelle bewerben wollen, sind ersucht, ihre Bewerbung, mit der Aufschrift „Bewerbung“ versehen, an die Adresse des Kollegen Karl Süßlich, Berlin O. 27, Andreasstraße 61 II, bis zum 15. März dieses Jahres einzureichen. Zeugnisse und Vergleichen sind nur in Abschrift beizulegen. Die Beitragsklasse ist anzugeben und seit wann in der angegebenen Klasse gezahlt wird. Bedingung ist mindestens dreijährige Verbandszugehörigkeit. Gehalt 1650.— Mk. pro Jahr, steigend jährlich um 100.— Mk. bis zum Höchstgehalt von 2300.— Mk. Daneben wird eine Ortszulage von 60.— Mk. pro Jahr gewährt. Außerdem kommt zurzeit eine Teuerungszulage von 190.— Mk. pro Monat in Frage. Das erste Jahr gilt als Probejahr. Während der Dauer desselben besteht eine vierwöchentliche Kündigung.

Der Vorstand.

**Adressenänderungen.**

Gau 2. Sattorf. V: Adolf Jarße, Kolonie 15. K: Frau Anna Dörner, Sieberstr. 314. Gau 2. Weende. (Neu.) V: Georg Naabe, Rovenen bei Göttingen, Bachstr. 79. K: Lina Klages, Weende, Thiesstraße. Gau 3. Aachen. K und Geschäftsführer: A. Kuhn, Rudolfstraße 58. Gau 6. Ebingen. V und K: Anton Fäß, Wilhelmstr. 73. Gau 6. Rüttingen. V: Paul Gramm, Marktstr. 21. Gau 6. Omen. V: Albert Hausmann, Hinterestr. 19. K: Eugen Holder, Marktstraße. Gau 8. Eisenberg. V: Paul Scheibe, Gr. Brühl 9. K: Frau Martha Bräutigam, Gerarstr. 34. Gau 8. Glauchau. K und Geschäftsführer: Richard Gruener, Mauerstr. 22. Gau 8. Halle. B: Karl Brandenberger, Ammendorf bei Halle, Friedensstr. 19. Gau 8. Lichtenbrunn b. Lobenstein (Neu.). V: Richard Burger, Nr. 73. K: Emil Röber, Nr. 1. Gau 8. Münchenbernsdorf i. Th. V: Karl Bindhorn, Fachhäuser 268. K: Max Schumann, Krumme Gasse 163/4. Gau 8. Jörbig. V: Paul

Elke, Gr. Ritterstr. 3. K: Friedrich Rabe, Burgstr. 4. Gau 10. Höhenstein a. E. V: Hermann Wagner, Hohenstraße 18. Gau 10. Reichenbrand. V: Otto Zrmischer, Rabenstein in Sachsen, Chemnitzstr. 87. K: Emil Schuster, Döferstr. 21. Gau 11. Pauen. V: August Stedt, Fischerstraße 13. Gau 12. Blumenau. V: Ferdinand Werner, Wüfegiersdorf i. Schl., Nr. 149. K: Heinrich Herrmann, Wüfegiersdorf i. Schl., Nr. 22. Gau 12. Friedland. V: Frau Ida Winkler, Gölhenaue Kirchweg 4. Gau 12. Gebhardsdorf. (Neu.) B. Heinrich Hoffmann, Lagerhalter, Ronjumverein. Gau 12. Lauban. K: August Mescheder, Rd. Alt-Lauban, Nr. 9-10. Gau 12. Liegnitz. V: Bruno Schatzmann, Gutenbergstr. 18. Briefe an diesen. Gau 12. Sagan. V: Robert Wolfram, Ederdorf b. Sagan. Gau 13. Magdeburg. V: Hans Köpfer, S. Fischstr. 31.

**Totenliste.**

**Gestorbene Mitlieder.**

Crimmitschau. Louis Gerth, Weber, 64 J. Alma Klara Strobel, 18 J. Guben. Ida Groll, 20 J. Berta Gaaß, 46 J. Landeshut. Frieda Schuppe, Arbeiterin, 16 J. Rierenkränke, Schlaganfall. Landeshut-Liebau. Rasper Drescher, Arbeiter, 65 J. Siech-um Leisnig. Hermann Claus, Weber, 68 J. Blasenleiden. Memmingen. Magnus Kiene, 77 J. Blasenleiden. Plauen i. S. Ernst Emmerlich, Sticker, 51 J. Magenleiden. Reichenbach i. S. Hermann Fuchs, 67 J. Lungenentzündung. 67 J. Lungenentzündung. Emma Sandfisch, 86 J. Lungenentzündung.

**Im Felde gefallene oder infolge des Krieges gestorbene Mitlieder.**

Jahnsdorf i. Erzg. Paul Richter, 33 J. Hugo Fritzsche, 33 J. Albert Vogel, 25 J. Bruno Martin, 43 J. Walter Rudolf Feld, 24 J. Paul Heinrich Wagner, 28 J. Max Wächter, 24 J. Max Arno Heizer, 19 J. Johannes Georg Weber, 23 J. Max Emil Herrmann, 28 J. Ernst Hugo Andra, 28 J. Limbach i. Sa. Emil Werner, Appreuter, 39 J. Max Müller, Spuler, 25 J. Hans William Römer, Kettenstuhlwerker, 29 J. Paul Adolf Dohn, Färbereiarbeiter, 27 J. Albert Albin Richter, Färbereiarbeiter, 28 J. Max Danzmann, Rundstuhlwerker, Mittelstrohna, 33 J. Robert Eduard Steinetz, Scherer, Langenberg, 33 J. Walter Fritz Fleischer, Rundstuhlwerker, Langenberg, 28 J. Württemberg. Gustav Guhn, Webereiaufseher, 46 J.

Ehre ihrem Andenken!

**Zusammenkünfte.**

Mitglieder-Versammlungen. Berga a. E. Sonnabend, 8. März.

**Privat-Anzeigen.**

(Kostenbeitrag ist im voraus zu entrichten, widrigenfalls die Aufnahme abgelehnt wird.)

**Berlin.**  
**Deutscher Textilarbeiterverband.**  
Vom 1. März ab ist unser Bureau, Andreasstr. 17, wochentags von 9-12 und von 4-6 Uhr geöffnet. **Freitags vormittags von 9-12, nachmittags von 4-8 Uhr. Mittwoch nachmittags geschlossen.** — Der Nachweisnachweis für Textilarbeiter ist jetzt im hiesigen Arbeitsnachweis der Stadt Berlin, Gormannstraße (Eingang Ruderstr. 9). Geschäftszeit: wochentags von 11-3 Uhr.

**Fachlehrbücher I. Ranges** mit vielen Abbildungen. Handbuch der Weberei mit Stoffmustern 1,50, 59,50, Web. Weberei 10,15, Handbuch d. Schlichterei 12,50. Die Weberei 20. Die Webereimaschinen 14. Die Wigogne- u. Streichgarnspinnerei 8,60. Der praktische Flachspinner 15. Die mechanische Baumwollweberei 10. Die Spinnerei 5. Textilmateriallehre 7,95. Mod. Färberei 26,70. Die Färbereipraxis 14,55. Färberei u. Bleicherei 23,45. Färberei der Spinnfasern 5. Bleicherei baumwoll. Gewebe 61,35. Gegen Nachnahme **L. Schwarz & Co.,** Verlagsbuchhandlung, Berlin C 373, Dresdenerstr. 80.

Redaktionschluss für die nächste Nummer Sonnabend, den 1. März. Verlag: Karl Süßlich. — Verantwortlicher Redakteur Paul Wagener. — Druck: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co. — Sämtlich in Berlin.

Gelegene Exemplare dieses Blattes gibt man an unorganisierte Kollegen und Kolleginnen weiter.